

Der Sparzwang.

Ein Beitrag zur Weltpolitik und Finanzpolitik.

Noch dauert der Krieg, aber schon denkt man sehr ernst daran, wie im Frieden die Kriegsausgaben wettgemacht werden können. Durch mehr als zwei Jahre sind fast keine Produktivgüter geschaffen worden. Was erzeugt wurde, war für den unmittelbaren Verbrauch geschaffen. Nicht nur daß die Produktion keine Erweiterung erfahren hat, sind auch alle Vorräte aufgezehrt worden. In Rauch und Staub sind die Ersparnisse von Jahrhunderten aufgegangen. In den Kriegsanleihen erschöpfen sich die Mehrausgaben der kriegsführenden Staaten keineswegs, da die doch nur dem unmittelbaren Bedarf an neuen Gütern und der Erhaltung der Armeen dienen. Es müssen dazu kommen Mittel zum Ersatz der aufgebrauchten Vorräte, zur Wiederherstellung der zerstörten Gebiete, zur Rückverwandlung der Wirtschaft in den Zustand, den der Frieden erfordert, und die Aufwendungen für die verschiedenartigsten Militärversorgungszwecke. Wie diese Mittel aufgebracht werden sollen, ohne daß man vollends auf Kosten der Nachkommen lebt, diese Sorge beschäftigt heute schon alle Länder. Die ersten Gedanken wenden sich den Steuern zu: mehr Steuern, höhere Steuerlasten! Es wird alles mögliche vorgeschlagen: Erhöhung und Ausbau der direkten Steuern, wobei die Steuer auch nach der Art des Einkommens abweichend zu gestalten wäre, Vermögens- und Erbschaftssteuern, von den kapitalistischen Schichten wird der Ausbau der indirekten Steuern betrieben. Werden die Verbrauchsartikel, insbesondere Lebensmittel und Kleidung auch nach dem Kriege an sich schon erheblich teurer sein als vorher, so sollen nach den Anschlägen dieser Leute noch weitere Verbrauchsgegenstände mit Abgaben belastet werden. Aber all das ist nur ein Tropfen im Meere. Soll die Privatwirtschaft wie bisher erhalten werden, dann gibt es so hohe Steuern gar nicht, daß damit die künftigen Ausgaben gedeckt werden könnten. Es wird deshalb bestimmt zu einer

Bermehrung der staatlichen Monopole, sei es des Handels mit Massenartikeln wie Getreide und Kohle, des Großhandels mit Eisen u. s. w., sei es der Produktion wie der der Elektrizität, kommen. Wie diese Verstaatlichung wirken wird, darüber gehen die Meinungen auseinander, da sie von rein fiskalischem Standpunkt und nicht in Wahrung öffentlicher Interessen erfolgen werden.

Eines ist sicher, daß man letzten Endes die besitzlosen Klassen bluten lassen will. Bei den indirekten Steuern sehr direkt; ein Teil der direkten wird entweder schon auf sie als Lohnempfänger oder aber als Konsumenten abgewälzt. Monopole, die aus fiskalischen Gründen geschaffen werden, verleißen ebenfalls zu maßlosen Preiserhöhungen, die wie indirekte Steuern wirken. Das österreichische Tabakmonopol ist heute geradezu ein Musterbeispiel dafür. Zu alledem kommen aber noch Pläne und Absichten, einen Teil des Einkommens der Arbeiter auch für die Produktion im ganzen in Anspruch zu nehmen. Hat man früher versucht, die Arbeiterschaft durch Anteilsscheine, durch Gewinnbeteiligung an dem wirtschaftlichen Gedeihen der Industrierwerke, das ist an ihrer eigenen Ausbeutung zu interessieren, so sollen sie nunmehr einen Teil ihres Lohnes für die künftige Produktion bereitstellen. Sie sollen durch Zwang zu Ersparnissen verhalten werden, die der Stärkung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung dienen sollen, deren Todfeind die Arbeiterschaft ist. Der Gedanke ist großzügig, aber nicht neu. Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß es für den Fortgang der Produktion sehr wichtig ist, daß ihr genügende Kapitalien geboten werden. Es gibt hiezu mancherlei Wege, allerdings finden sie bisher alle ihre Schranken an dem privatwirtschaftlichen Interesse. Andere Wege geht Gra-

bowsky*), ein Verfechter ungebundener privater Wirtschaft und Apostel der Weltpolitik oder, wie er es rund heraus sagt, des Imperialismus. Sein Gedankengang ist folgender: Deutschland benötigt große Kapitalien, um nach dem Kriege Rohstoffe zuzuleiten, Maschinen zu bauen, Verkehrsmittel zu schaffen und den Boden intensiver zu bewirtschaften. Wohl wird das Steuersystem ausgebildet werden, jedoch darf dies nicht auf Kosten der Kapitalbildung geschehen. Auch für die Zwecke der Sozialpolitik darf kein Kapital in Anspruch genommen werden. Also soll die Arbeiterschaft auf Sozialpolitik verzichten und die Steuerlasten übernehmen zu Nutz und Frommen der Kapitalbildung. Aber auch der leistungsunfähige Mittelstand soll Platz machen „der Umsicht, dem Fleiße und der Energie“, zu gut deutsch: dem großen Kapital mit seiner Rücksichtslosigkeit. Die Förderung des Imperialismus setzt voraus: Ausmerzungen des Mittelstandes, der „bloßen Anhängel der Volkswirtschaft“ und Vermeidung aller Beschränkungen für das Kapital. Keine Ausgaben für Sozialpolitik, keine Hemmungen aus falschen sittlichen Anschauungen, nicht einmal mehr Manchesterliberalismus, bei dem man dem Kapital allein es überläßt, die Schwächeren aus dem Wege zu schaffen, nein, bewußte und organisierte Förderung dieses Zweckes unter Unterstützung durch den auszumerkenden Mittelstand und die auszubeutende Arbeiterklasse. Nicht im Staatssozialismus liegt die Zukunft Deutschlands, sondern in der Förderung des Unternehmers. Er muß überall herrschen können!

Doch woher ihm die Mittel geben zur ungehemmten Betätigung seiner „Energie“? Aus dem Lohne der Arbeiterschaft! „Die oberste Quelle aller Kapitalbildung ist das Sparen.“ Aber man spart jetzt unsystematisch und nicht gründlich, das muß anders werden. August Scherl hat deshalb vorgeschlagen, man soll die Sparpfennige allwöchentlich abholen, damit die Sparer nicht aus Bequemlichkeit die Einlage unterlassen. Georg Schanz schlug vor, die Arbeitslosenversicherung mit dem Sparen zu verbinden. Der Arbeiter soll gezwungen sein, wöchentlich 30 Pfennig, wovon der Arbeitgeber 10 Pfennig zu leisten hätte, auf die Sparkasse zu tragen. Die Einlage kann nur bei Arbeitslosigkeit und auch da nur in bestimmten Beträgen abgehoben werden. Verordnet wurde im Kriege ein Sparzwang für die Jugendlichen. Schon längst habe man sich mit dem Gedanken getragen, den das Oberkommando in den Marken ausgeführt hat, daß nämlich dem Jugendlichen der Wochenlohn bloß bis zu 18 Mark auszuzahlen sei, während der Rest für ihn bei einer Sparkasse angelegt wird. Früher schon hat Marschall v. Bieberstein einen solchen Sparzwang verlangt unter Verwendung der Spargelder für den Wohnungsbau. Ähnlich andere, wobei die Sparpflicht genau genommen auf eine Wohnungsrente, also eine Versicherung hinausläuft. Dies sei ungesund, denn Sozialpolitik lähme die Kräfte zum Unterschied von „einem alle Kräfte hervorreisenden Imperialismus“. Die Sparpflicht muß auf alle Bevölkerungsschichten ausgedehnt werden. „Der der Sparpflicht unterliegende Staatsbürger wird genötigt, dem Staate einen Teil seines verdienten Geldes zur Verfügung zu stellen, es wird ihm aber aufbewahrt und er hat später das Recht, die zusammengeparten Summen im ganzen oder doch zu erheblichen Teilbeträgen zu erhalten.“ Der Staat soll die Spargelder zum Export von Kapital verwenden, das heißt die Sparpfennige der Arbeiter sollen den deutschen Unternehmern die Ausbeutung von Kolonien ermög-

* Dr. Adolf Grabowsky, Weltpolitik und Finanzpolitik. Berlin, 50 Pfennig.